

## Ansätze gesunder Lohnpolitik

Aus den Berichten von „Wirtschaft und Statistik“ läßt sich ceteris paribus für die Qualifikationsdifferenzierung zwischen den Wochen- (Zeit-) Löhnen deutscher gelernter und ungelerner Arbeiter, bezogen auf die Wochen- (Zeit-) Löhne ungelerner erwachsener Lediger, folgendes errechnen:

	% (bei der chem. Industrie arithm. ermittelter, sonst gewogen.) Durchschnittsabstand vor dem im Sept. 1922		% Abstand im September 1922	
			höchster	tiefster
Metallindustrie (20 Hauptsitze) (gelernte und ungelernete Arbeiter)	54	7	17 (Chemnitz)	1 (Hagen)
Chemische Industrie (15 Hauptsitze) (Handwerker u. ungelernete Arbeit.)	39	7	12 (Köln)	1 (Leipzig)
Baugewerbe (23 Großstädte) (Handwerker und Hilfsarbeiter)...	28	5	10 (Stuttgart)	3 (Bremen)
Buchdruckerei (15 Hauptsitze) (Maschinen- und Handsetzer)....	25	6	(Unterschiede unbedeutend)	
Reichsbetriebe (Ortsklasse A) (Handwerker III u. ungel. Arbeiter)	46	7	(Unterschiede unbedeutend)	

Zwar bemühen sich die Arbeitgeber nach Kräften, zwar aufzuziehen die Angehörigen der oberen Lohnschichten bisweilen härter auf, zwar wird mit beweglichen Tönen oftmals an die bewährte Vergangenheit erinnert, aber es gelingt durchaus nicht, die Rückkehr anzubahnen. Der volkswirtschaftliche Lohnfonds trägt ganz allgemein das „Lerngeld“ in Gestalt von Qualifikationsprämien bei weitem nicht mehr so willig wie vor dem Kriege. Stimmenmehrheiten erzwingen die Anpassung der Einkommensminima an die jeweiligen Lebenshaltungskosten und vernachlässigen nicht nur, sondern verwerfen ausdrücklich die Aufgabe, Höhe und Neigungswinkel der ererbten Einkommenspyramide beizubehalten. Zu einer Soziologie, die die organisierte Wirtschaftsgesellschaft mit ihrem mechanisierten Betrieb noch immer hauptsächlich für einen Markt und die Arbeit hauptsächlich für eine Ware hält, paßt es freilich nicht, daß man den Begriff des nach Herstellungspreis und Seltenheitsgrad zu bemessenden „Wertlohnes“ mißachtet. Wer jedoch wie Rodbertus die arbeitsteilig verrichtete Arbeit als Dienst und ihr Entgelt als Dienstaufwandschädigung ansieht, vermag nicht sonderlich zu erschrecken, wenn die Entwicklung dahin strebt, sogar den Regierungsrat nur zwei- statt sechsmal so gut zu bezahlen wie den ungelerten Reichsbetriebsarbeiter. Zumal in Notzeiten bleibt kein Spielraum für andere als nachweislich gegenwärtig unentbehrliche Lohnbestandteile. Der Trugschluß beginnt erst da, wo eine mißverständliche Sparsamkeit es verabsäumt, den Übergang mancher Verantwortung vom Privaten an das Kollektivum zu beherzigen. Soweit der „Wertlohn“ ein „Lerngeld“ im Sinne einer Rente vom Ausbildungskapital in sich schloß, heißt ihn abschaffen zugleich ihn ersetzen müssen. Lächerlich zu sagen, daß wir untergehen, wenn der Vater es nicht mehr lohnend findet, den Sohn zum Meister oder auf die Universität zu schicken. Aber ebenso lächerlich, zu glauben, daß Erziehung auf dem Boden des Opfermutes und der Wißbegierde genügend gedeiht. Alte Reize beseitigen und dennoch neue Gelegenheiten nicht öffnen, bedeutet das Nachwachstum an die Schmarotzer und an ein paar begeisterte Hungerleider ausliefern. Da uns aber eine solche Gefahr augenscheinlich nicht droht, vielmehr der latente Wirtschaftsstaat längt das Seinige tut, um das schwindende „Lerngeld“ zu kompensieren, so braucht man dem „Wertlohn“ keine Träne nachzuweinen: Eine Schulkasse kann billiger und gerechter für Auslese und Auftrieb sorgen als ein Wertlohnfonds.

Gewichtige Stücke des „Wertlohnes“ haben sich in „Bedarfslohn“ verwandelt. Zwischen die beiden einander entgegengesetzten Leitsätze „ungleicher Gegenleistung für ungleiche Leistungsfähigkeit“ und „gleicher Gegenleistung für ungleiche Leistungsfähigkeit“ hat sich mit eindringlicher Gewalt etwas Drittes, die „ungleiche Gegenleistung für gleiche Leistungsfähigkeit“ eingeschoben. Noch ahnen nur wenige Kapitalisten, welch folgenschweren Schritt zum Sozialismus hin sie mit ihrem verdienstlichen Angebot von Familienzulagen und dergleichen zurückgelegt haben, und noch sträuben sich viele Gewerkschaftsführer gegen das, wie sie meinen, verdächtig sozialistisch aufgemachte Unternehmergeschenk. Trotzdem bürgert es sich ein. Mit Recht tritt es unter dem Namen „Soziallohn“ auf, und gegen den Mißbrauch, die verteuerten Kräfte bei der Einstellung oder Entlassung zu benachteiligen, schützt von Natur die Vorliebe der Firmen für seßhaftes Stammpersonal und obendrein künstlich ihre Bereitschaft zu konsortialen Lastausgleichssystemen. Wiederum auf den Wochen- (Zeit-) Lohn der ungelerten erwachsenen Ledigen bezogen, übersteigt ihn im September 1922 der Wochen- (Zeit-) Lohn

	der ungelerten erwachsenen Verheirateten			der gelernter erwachs. Verheir. durchschnitt. (s. oben) um %
	durchschnitt. (s. oben) um %	im höchsten	im tiefsten	
Metallindustrie (s. o.) (nebst 2 Kindern bis zu 14 Jahr.)	8	18 (Berlin)	0 (Hambg., Dresd., Hannov., Chemnitz, Halle, Karlsr., Hag.)	15
Chemische Industrie (s. o.) (nebst 2 Kindern).....	6	18 (Köln)	1 (München)	13
Baugewerbe (siehe oben)...	0	0	0	5
Buchdruckerei (siehe oben)	4	(Unterschiede unbedeutend)		10
Reichsbetriebe (s. o.) (nebst 2 Kindern bis zu 14 Jahr.)	11	(Unterschiede unbedeutend)		18

Zum „Bedarfslohn“ ist außer dem „Soziallohn“ der „Alterslohn“ hinzuzuzählen, sei es als positiver Zuschlag für Altersstufen, die das revolutionäre Erwachseneniveau überragen, sei es als negativer Abschlag für Jugendgruppen, deren Einkommen sehr zum Schaden des Volkshaushaltes, durch die Revolution unnütz nahe an das der Erwachsenen herangerückt war. In diesem Zusammenhang können die Gewerkschaften dem Tadel zeitweiliger Schwäche kaum von sich abwälzen, und um so mehr darf man lobend anerkennen, daß sie sich jüngst dem Verfahren anschließen, den „Alterslohn“ stark auszubauen. An einer Reihe von Beispielen zeigt sich, daß die Geldentwertung des letzten Quartals die Weniger-als-24- und gar die Weniger-als-20jährigen empfindlich betroffen hat; in einzelnen Fällen wurde die Relation zwischen der maximalen und der minimalen Alterslohnkategorie binnen drei Monaten mehr als verdoppelt.

Leider verallgemeinern sich solche Erfahrungen in Deutschland keineswegs rasch, wie denn überhaupt auch unser Lohn-tarifwesen die üble Neigung zum partikularistischen Schematismus verrät. Zäh verteidigt jede Tarifgemeinschaft „des Ortes“ oder „des Faches“ ihr Dasein und ihre Gewohnheit. Von Tarifgemeinschaften „der Art“, wie sie sich etwa um erprobte Vertragstypen, um bestimmte Antworten auf die Fragen gerade des „Wertlohnes“ oder des „Bedarfslohnes“ scharen könnten, ist noch keine Rede. Wie planlos die Eigensinnigen durcheinander stolpern, lehrten schon die Grenzziffern in unseren „Wertlohn“- und „Bedarfslohn“-Tabellen und bestätigt folgende Übersicht für den September 1922:

	% d. niedrigsten vor- handenen Betrages	gleich 100 in
Höchste Teuerungszahl unter den 71 „Eil- dienstgemeinden“ d. Stat. Reichsamtes	143 (Aachen)	(Marienwerder)
Höchste Teuerungszahl unter denjenigen 4 „Eildienstgemeinden“, welche in den hier erwähnt. Lohnstatist. wiederkehren	125 (Hamburg)	(Königsberg i. Pr.)
Lohndurchschnittszahl (s. o.) der ungel. Ledigen im Vergleich der 4 „Fächer“ Metallindustrie, Chem. Industrie, Bau- gewerbe, Buchdruckerei untereinander	140 (Baugewerbe) 133 (Chem. Industr.) 119 (Metallindustrie)	Buchdruckerei
Desgl. der gelernten Verheirateten . . .	137 (Chem. Industr.) 134 (Baugewerbe) 124 (Metallindustrie)	
Höchste „örtliche“ Lohnzahlen der unge- lernten Ledigen		
in der Metallindustrie . . . . .	156 (Karlsruhe)	(Breslau)
in der Chemischen Industrie . .	153 (Köln)	(Breslau)
im Baugewerbe . . . . .	174 (Hamburg)	(Königsberg i. Pr.)
in der Buchdruckerei . . . . .	117 (Berlin, Hambg.)	(Langensalza)
Desgl. der gelernten Verheirateten		
in der Metallindustrie . . . . .	165 (Köln)	(Stuttgart)
in der Chemischen Industrie . .	178 (Köln)	(Breslau)
im Baugewerbe . . . . .	171 (Hamburg)	(Königsberg i. Pr.)
in der Buchdruckerei . . . . .	117 Berlin, Hambg.	(Langensalza)

Das bestdisziplinierte Buchdruckgewerbe bewegt sich am stetigsten. Das lockerst gegliederte Baugewerbe taumelt am tollsten. Wohl uns, wenn wir alsbald begreifen, welche Verschwendung in dem hartnäckig zersplitterten Lohnkampf steckt, und welchem Ziel die törichten Umwege zusteuern. Es fehlt uns Bewußtheit der Musterlösungen des Problems.

Vornehmlich das dritte meistemstrittene Lohngebiet, der „Fleißlohn“, bedarf einer gründlichen Säuberung von Vorurteilen. Nicht nur die demagogische Sphäre, wo man sich um

die Technik des Akkordes oder um die Quantität des Achtsturentages wie um heilige Prinzipien ereifert, sondern auch die nüchterne Diskussion neutraler Köpfe ist von Schlagworten vergiftet. Die Grundgrößen der Arbeitsbilanz (Zeitaufwand, Güterertrag, Verbrauchsmenge) sind gewiß nicht allein, aber sie sind ebenso gewiß irgendwie von der subjektiven Arbeitsintensität abhängig. Brutal formuliert, eine Masse von Faulenzern pocht auf ihre Existenzberechtigung vergebens, und daß die Sünden der Disposition mitschuldig sind, ist für die Exekutoren der eigenen Vernichtung am Ende kein Trost. Wer in der Kalkulation seines Verbraucheranspruches seinen Fleiß an der Produktion objektiv zu erkennen und anzuerkennen nicht erlaubt, gewärtigt Schlimmeres als die Einbuße seines guten Rufes. Kein Drohmentum des Staates, kein Schiebertum, keine Heße und kein Mißtrauen erklärt die chiliastische Resignation, mit der die Unvernunft ihr Grab gräbt. Hätte man im Kohlenbergbau den Erlös von Überschichten und die Kollektivprämie eingestrichen, um sich zum entscheidenden Streik zu rüsten und ein marxistisches Experiment zu verwirklichen, so würde die Geschichte den unvermeidlichen Mißerfolg des kommunistischen Spukes noch eher würdigen als den Troß, der „Überschichten stundet“ und Kollektivprämien nicht anrührt. Was auf einem Dutzend anderer Zweige die proletarische Ehre nicht verbietet, das kann auf den wichtigsten Ästen nicht verpönt bleiben. Werden, wie anderswo, so auch hier, die Gewerkschaften endlich ihre Bedingungen nennen, unter denen der „Wert- und Bedarfslohn“ durch „Fleißlohn“ ergänzt werden soll? Sonst wehe uns!

Wichard von Moellendorff

## Bemerkungen zur Lage

So groß die Verworrenheit der europäischen Staats- und Wirtschaftsverhältnisse ist, so wenig darf verkannt werden, daß die Reparationspolitik im Lauf des Jahres 1922 einige sichtbare, wenn auch bescheidene Fortschritte gemacht hat. Die Gläubiger fordern von Deutschland nicht mehr, daß es zwei mal zehn gleich Hundertdreißig, sondern nur noch gleich Fünfzig sein lassen soll. Es gilt als allgemein zugestanden, daß das Reich in den nächsten Jahren überhaupt keine Barzahlungen und nur geringe Sachleistungen auf Reparationskonto machen kann, und es gibt außer Frankreich keinen Anwalt einer Politik militärischer Sanktionen. Auch der Diktator Italiens hat sich, nach den Berichten der Zeitungen, darauf beschränkt, die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Wälder und Domänen im Interesse der Reparationsgläubiger zu fordern; er befand sich zweifellos im Unklaren darüber, daß das Reich weder über Domänen, noch Wälder, noch fiskalische Gruben in nennenswertem Umfang verfügt und daß auch die Einzelstaaten aus solchem Besitz im Frieden nicht viel mehr als 100 Mill. M. Jahresreinertrag gezogen haben. Einen bescheidenen Fortschritt bedeutet es auch, daß die Streichung der interalliierten Verschuldung aus einem Thema der national-ökonomischen Literatur zu einer Angelegenheit des diplomatischen Kabinettskriegs geworden ist: es scheint sogar Aussicht vorhanden zu sein, daß sie eines Tages zur politischen Tat heranreift. England zeigt sich entschlossen, seine Forderungen an Frankreich zu streichen, ohne daß Amerika einen entsprechenden Teil der englischen Schuld erläßt, wenn Frankreich einer haltbaren Lösung des Reparationsproblems zustimmt. Italien aber soll erklärt haben, daß es zu England stehen wird, wenn von dem italienischen Teil der interalliierten Kriegsschuld nicht mehr die Rede ist. Ob ein so isoliertes Frankreich im Januar den Einmarsch ins Ruhrgebiet auf eigene Faust wagen wird, wenn die auf den 2. Januar vertagte Vorkonferenz der vier Ententenhäupter zum drittenmal ohne Er-

gebnis auseinandergehen wird, vermag niemand zu sagen. Poincaré ist zu klug, um nicht zu wissen, daß eine solche Aktion die politischen Schwierigkeiten Frankreichs vermehren, die wirtschaftlich-finanziellen aber nicht eben mindern wird; doch scheint er zu starr, um die Politik des gerichtsvollzieherischen „Griffs am Kragen“ und der siegerischen Geste an sich ohne scharfe Nötigung aufzugeben. Es ist schon heute fraglich geworden, ob die maßgebenden Schichten Frankreichs in ihm noch den gegebenen Sachwalter in dieser Krisis sehen und ob er nicht schon in den nächsten Wochen den Weg gehen wird, den vor einem Jahr sein Vorgänger Briand gegangen ist. Der französische Geist pflegt zwischen dem „esprit de géométrie“ und dem „esprit de finesse“ zu oszillieren. Über die Länge der Schwingungsdauer aber gibt es keine Erfahrungsregeln. Das hysterische Geschrei der Boulevardblätter: „De l'action, de l'action, de l'action!“ ist allerdings kein Zeichen für die Stärke Poincarés. Doch wäre die Gefahr eines unsinnigen Abenteuers, nur dann gebannt, wenn England und Amerika Frankreich wissen ließen, daß sie jede militärische Operation als casus belli betrachten würden. Vielleicht ist nur bei Anwendung so starker Mittel eine wirkliche Gewähr für den Fortbestand eines Restes von Ordnung und Klarheit in den europäischen Angelegenheiten gegeben. Ob England dazu bereit sein wird, hängt von der Entwicklung der orientalischen Probleme ab. Doch können wir nicht annehmen, daß die von Bonar Law geführten englischen Konservativen, deren Tradition eine Politik der Stetigkeit und der Übersicht vorschreibt, sich auf Grund von augenblicklichen Konstellationen zu Zugeständnissen bereit finden lassen, die die Dauer der eingehandelten Vorteile aufs Spiel setzen. So verwundbar das britische Reich im Osten ist, so liegt doch sein wirtschaftlicher wie sein politischer Schwerpunkt noch immer in Europa, und wenn schon die Vereinigten Staaten sich nicht an den Kämpfen des Kontinents desinter-